

Gesetz über Handel und Gewerbe (HGG)

vom 04.11.1992 (Stand 01.01.2019)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

In Ausführung von Artikel 37 der Kantonsverfassung¹⁾, gestützt auf Artikel 907 und 915 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB)²⁾, Artikel 39 des Bundesgesetzes vom 23. März 2001 über den Konsumkredit (KKG)³⁾ und Artikel 20 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 1986 gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)⁴⁾,
auf Antrag des Regierungsrates, *

beschliesst:

1 Zweck und Geltungsbereich

Art. 1

¹ Dieses Gesetz regelt die Grundsätze für Handel und Gewerbe sowie für die Erhebung einer kantonalen Bruttospielertragsabgabe für Kursäle. *

² Ihm unterstehen selbständige dauernde oder gelegentliche privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeiten mit Einschluss der gewerblichen Betriebe von öffentlichrechtlichen Körperschaften.

³ Das Bundesrecht sowie kantonale Erlasse über einzelne Gewerbe und Berufe bleiben vorbehalten.

2 Ausübung gewerblicher Tätigkeiten *

Art. 2 Grundsatz

¹ Gewerbliche Tätigkeiten können grundsätzlich ohne Einschränkungen ausgeübt werden. *

¹⁾ BSG [101.1](#)

²⁾ SR [210](#)

³⁾ SR [221.214.1](#)

⁴⁾ SR [241](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

² Einschränkungen gewerblicher Tätigkeiten gestützt auf dieses Gesetz sind nur zulässig, wenn sie

- a* dem Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit, Sicherheit oder dem Schutz des Publikums vor unlauterem Geschäftsgebaren dienen,
- b* verhältnismässig sind und
- c* den Grundsatz der Rechtsgleichheit beachten.

2a Bewilligungspflichtige Erwerbstätigkeiten *

Art. 3 *Bewilligungspflicht **

¹ Bewilligungspflichtig sind

- a* * ...
- b* das Halten und Führen von Taxis,
- c* * ...
- d* * der Betrieb von Geschicklichkeitsspielautomaten gemäss der eidgenössischen Spielbankengesetzgebung und von Unterhaltungsautomaten,
- e-h* * ...
- i* * das Gewähren und Vermitteln von Konsumkrediten, soweit dies das KKG vorsieht,
- k* * der Betrieb des Pfandleihgewerbes.

² Für das Halten und Führen von Taxis sind nur Einheitsbewilligungen zulässig.

Art. 4 *Bewilligungsvoraussetzungen*

¹ Das Erteilen einer Bewilligung kann von Voraussetzungen abhängig gemacht werden, insbesondere

- a* vom Nachweis der Handlungsfähigkeit,
- b* vom Abschluss einer Haftpflichtversicherung,
- c* von der Angabe des Wohn- oder Geschäftssitzes.

² Für den Nachweis der Bewilligungsvoraussetzungen kann das Beibringen von Unterlagen verlangt werden, insbesondere

- a* Strafregisterauszug,
- b* Betreibungsregisterauszug,
- c* Versicherungsnachweis.

³⁻⁴ ... *

Art. 5 *Widerruf*

¹ Die Bewilligungsbehörde widerruft eine Bewilligung, wenn sich nachträglich erweist, dass die Voraussetzungen zur Erteilung nicht vorhanden gewesen sind.

Art. 6 *Entzug*

¹ Die Bewilligungsbehörde entzieht die Bewilligung, wenn

- a* die Inhaberin oder der Inhaber in schwerer Weise oder trotz Mahnung Vorschriften der Gewerbegesetzgebung verletzt hat oder
- b* die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung weggefallen sind.

Art. 7 *Erlöschen*

¹ Die Bewilligung erlischt mit der Aufgabe der bewilligten Erwerbstätigkeit, mit Ablauf der Bewilligungsdauer und mit dem Tod der Bewilligungsinhaberin oder des Bewilligungsinhabers.

Art. 8 *Verordnung*

¹ Der Regierungsrat kann durch Verordnung insbesondere Bestimmungen erlassen über

- a* Bewilligungsvoraussetzungen,
- b* Bewilligungsbehörde und -verfahren,
- c* Rechte und Pflichten der Bewilligungsinhaberinnen und -inhaber,
- d* Anerkennung von Fach- und Fähigkeitsausweisen.
- e* * ...

² Für das Pfandleihgewerbe kann er durch Verordnung zudem *

- a* den Höchstzinssatz bestimmen,
- b* die zulässigen Kosten festlegen, insbesondere für Aufbewahrung, Unterhalt, Versicherung und Verwertung der Pfandgegenstände,
- c* die Verwertung des Pfandgegenstands regeln.

Der Höchstzinssatz darf den Zinssatz des Bundes für Konsumkredite nicht übersteigen.

3 Ladenöffnungszeiten ***Art. 9 *** *Geltungsbereich*

¹ Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände.

² Sie gelten nicht für Apotheken, Ausstellungen, Galerien und Veranstaltungen.

³ Für Imbissstände und den Verkauf von Speisen und Getränken durch Hauslieferdienste gelten die Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe.

Art. 10 * *Öffnungszeiten*

¹ Die Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände dürfen von Montag bis Freitag von 06.00 bis 20.00 Uhr und an Samstagen sowie vor öffentlichen Feiertagen von 06.00 bis 17.00 Uhr offen halten.

² An höchstens einem Werktag je Woche, ausgenommen an Samstagen und vor öffentlichen Feiertagen, dürfen die Detailverkaufsgeschäfte und Verkaufsstände von 06.00 bis 22.00 Uhr offen halten (Abendverkauf).

³ Folgende Geschäfte dürfen täglich von 06.00 bis 22.00 Uhr offen halten:

- a Detailverkaufsgeschäfte bis zu 120 m² Verkaufsfläche, die einer Tankstelle angegliedert sind,
- b Kioske, die hauptsächlich Tabakwaren, Süßigkeiten, Zeitungen und Zeitschriften verkaufen,
- c Detailverkaufsgeschäfte, die einer Milchannahmestelle angegliedert sind,
- d Videotheken, die Bild- und Tonträger verleihen oder verkaufen.

Art. 11 * *Öffnungszeiten an öffentlichen Feiertagen*

¹ Folgende Geschäfte dürfen an öffentlichen Feiertagen von 06.00 bis 18.00 Uhr offen halten:

- a Bäckereien, Confisereien, Metzgereien, Milchhandlungen,
- b andere Lebensmittelgeschäfte mit einer maximalen Verkaufsfläche von 120 m²,
- c * Blumengeschäfte,
- d * alle weiteren Geschäfte in der Unteren Altstadt von Bern.

² An zwei öffentlichen Feiertagen im Jahr, ausgenommen an hohen Festtagen, dürfen alle Geschäfte von 10.00 bis 18.00 Uhr offen halten.

Art. 11a * ...

Art. 12 *Öffnungszeiten in Tourismusorten **

¹ In überwiegend vom Tourismus abhängigen Gemeinden dürfen die Geschäfte täglich von 06.00 bis 22.30 Uhr offen halten.¹⁾

² Der Regierungsrat bezeichnet diese Gemeinden in einer Verordnung.

¹⁾ Durch die Redaktionskommission am 7. Juli 2006 in Anwendung von Artikel 26 des Publikationsgesetzes berichtigt.

Art. 13 *Verhältnis zum Arbeitsgesetz*

¹ Die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel bleiben vorbehalten.

Art. 14 * *Vollzug*

¹ Die Gemeinden kontrollieren die Einhaltung der Öffnungszeiten.

² Die zuständige Stelle kann befristete Ausnahmen von den Öffnungszeiten bewilligen.

³ Sie kann ein Detailverkaufsgeschäft oder einen Verkaufsstand bis zu drei Monaten schliessen, wenn die Öffnungszeiten wiederholt missachtet worden sind.

Art. 14a–14b * ... ***4 Beschränkungen des Handels mit Tabak und mit alkoholischen Getränken *****Art. 15 *** *Werbeverbot*

¹ Die Werbung für Tabak und alkoholische Getränke ist verboten

- a* auf öffentlichem Grund und auf von diesem einsehbarem privaten Grund,
- b* an und in öffentlichen Gebäuden.

² An öffentlichen Anlässen ist die Werbung verboten

- a* für Tabak und für alkoholische Getränke mit mehr als 15 Volumenprozent Alkohol, wenn Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren teilnehmen können, und darüber hinaus
- b* für alkoholische Getränke mit weniger als 15 Volumenprozent Alkohol, wenn hauptsächlich Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren am Anlass teilnehmen.

³ Vom Verbot ausgenommen sind

- a* Anschriften und Schilder von Betrieben,
- b* Schaufensterauslagen von Geschäften mit Alkohol- oder Tabakverkauf,
- c* Werbung an Fahrzeugen gemäss der eidgenössischen Strassenverkehrsgesetzgebung,
- d* Werbung direkt an der Verkaufsstelle bei öffentlichen Anlässen.

⁴ Der Regierungsrat kann weitere Ausnahmen vom Verbot vorsehen.

Art. 16 * *Verkauf von Tabak*

¹ Die Abgabe und der Verkauf von Tabak an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind verboten.

² Das Verkaufspersonal überprüft das Alter der Kundinnen und Kunden. Es kann dazu einen Ausweis verlangen.

Art. 17 * *Automaten*

¹ Die Abgabe und der Verkauf von Tabak mittels Automaten sind verboten.

² Vom Verbot ausgenommen sind Automaten, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verunmöglichen.

Art. 18 * *Überwachung*

¹ Die Gemeinden überwachen die Einhaltung der Beschränkungen des Handels mit Tabak sowie mit alkoholischen Getränken.

Art. 18a * *Verwaltungszwang*

¹ Die zuständige Stelle kann den Handel mit Tabak oder jede Werbung bis zu drei Monaten verbieten, wenn die Vorschriften von Artikel 15 bis 17 wiederholt missachtet worden sind.

4a ... ***Art. 19 *** ...**5 Unlauterer Wettbewerb****Art. 20 *** *Gemeinden*

¹ Die Gemeinden vollziehen die öffentlichrechtlichen Bestimmungen der Bundesgesetzgebung gegen den unlauteren Wettbewerb über die Preisbekanntgabe.

Art. 21 *Zuständige Stelle **

¹ Der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion obliegen *

- a die Beratung von Gemeinden und Privaten,
- b die Aufsicht über den Vollzug und
- c der Verkehr mit dem Bund und andern Kantonen.

Art. 22–23 * ...

6 Märkte auf öffentlichem Boden

Art. 24

¹ Die Gemeinden können an bestimmten Tagen Jahr-, Monats- und Wochenmärkte zulassen.

² Sie können Vorschriften über den Marktverkehr erlassen.

6a Anteil an der eidgenössischen Spielbankenabgabe *

Art. 24a *

¹ Der Kanton erhebt eine Abgabe auf dem Bruttospielertrag der Glücksspiele und Glückspielautomaten der Kursäle im Sinne der eidgenössischen Spielbankengesetzgebung.

² Die Abgabe beträgt 40 Prozent des Gesamtbetrages der dem Bund gemäss Spielbankengesetz auf dem Bruttospielertrag zustehenden Spielbankenabgabe.

³ Abgabepflichtig ist die Betreiberin oder der Betreiber der Spielbank.

⁴ Der Regierungsrat regelt Veranlagung und Bezug der kantonalen Abgabe durch Verordnung, falls dies nicht der eidgenössischen Spielbankenkommission übertragen wird.

⁵ Von der Kantonsabgabe werden zugewiesen *

a * der Standortgemeinde 10 bis 20 Prozent,

b * dem Fonds für Suchtprobleme der Gesundheits- und Fürsorgedirektion höchstens 20 Prozent.

7 Vollzug und Rechtspflege

Art. 25 *Allgemeines*

¹ Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug notwendigen Ausführungsbestimmungen.

Art. 26 * ...

Art. 27 *Beschwerde*

¹ Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 28 * *Gebühren und Abgaben*

¹ Die kantonalen Amtsstellen erheben für Bewilligungen und besondere Dienstleistungen nach diesem Gesetz kostendeckende Gebühren.

² Die Gemeinden sind berechtigt, für Bewilligungen und besondere Dienstleistungen nach diesem Gesetz Gebühren zu erheben, sofern

- a es im kantonalen Recht ausdrücklich vorgesehen ist oder
- b sie dies in einem Reglement vorgesehen haben.

³ Für jeden bewilligungspflichtigen Automaten erhebt die Bewilligungsbehörde bei der BewilligungsinhaberIn oder dem BewilligungsinhaberIn eine jährliche Abgabe. *

⁴ Die Abgabe beträgt für *

- | | | |
|---|--|-------------------|
| a | Unterhaltungsautomaten: | CHF 250 bis 1000 |
| b | Geschicklichkeitsspielautomaten mit Jetongewinn: | CHF 250 bis 1000 |
| c | Geschicklichkeitsspielautomaten mit Geldgewinn: | CHF 1000 bis 7000 |

Art. 29 *Strafbestimmungen*

¹ Mit Busse von 50 Franken bis 20'000 Franken wird bestraft, wer

- a unbefugt eine Tätigkeit ausübt, die nach diesem Gesetz bewilligungspflichtig ist;
- b * eine Bewilligung überschreitet oder
- c * das Verbot oder die Einschränkung einer Tätigkeit nach diesem Gesetz missachtet.

² Bei Widerhandlung gegen die Bestimmungen über Beschränkungen des Handels mit Tabak sowie mit alkoholischen Getränken beträgt die Busse mindestens 200 Franken. *

³ ... *

Art. 30–32 * ...**8 Übergangs- und Schlussbestimmungen****Art. 33** *Übergangsbestimmungen**1. Skilehrer*

¹ Die bisherige Bewilligungspflicht für den Skilehrerberuf bleibt bis zur Anerkennung des Skilehrer- bzw. Skischulleiterberufs durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, höchstens während sechs Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, in Kraft.

² Die Aus- und Weiterbildungsbeiträge für Skilehrer können während des gleichen Zeitraums weiter ausgerichtet werden.

Art. 34 *2. Coiffeure*

¹ Die bisherige Bewilligungspflicht für Coiffeurbetriebe und die Verordnung über die Coiffeurbetriebe bleiben während zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.

Art. 34a * ...

Art. 35 *Aufhebung eines Erlasses*

¹ Das Gesetz vom 4. Mai 1969 über Handel, Gewerbe und Industrie wird aufgehoben.

Art. 36 *Inkrafttreten*

¹ Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

T1 Übergangsbestimmung der Änderung vom 06.06.2018 *

Art. T1-1 *

¹ Die Bestimmung von Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d bedarf hinsichtlich der Erfahrungen während vier Geltungsjahren seit Inkrafttreten einer Evaluation. Der Regierungsrat stellt dem Grossen Rat gemeinsam mit dem Evaluationsbericht Antrag auf eine unbefristete Weitergeltung oder Aufhebung.

Bern, 4. November 1992

Im Namen des Grossen Rates
Die Präsidentin: Zbinden
Der Staatsschreiber: Nuspliger

*RRB Nr. 1945 vom 19. Mai 1993:
Inkraftsetzung auf den 1. Juli 1993.¹⁾*

¹⁾ Artikel 3 Absatz 1 Bst. i, Artikel 15–19 Inkraftsetzung 1.4.1995 (RRB 195 vom 25.1.1995).

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
04.11.1992	01.07.1993	Erlass	Erstfassung	1993 d 56 f 61
31.03.1993	01.01.1993	Art. 26 Abs. 1	geändert	1993 d 263 f 280
30.06.1993	01.07.1993	Art. 26 Abs. 1	geändert	1993 d 472 f 494
01.12.1996	01.05.1997	Art. 20	geändert	97-33
01.12.1996	01.05.1997	Art. 22	aufgehoben	97-33
01.12.1996	01.05.1997	Art. 23	aufgehoben	97-33
09.09.1997	01.07.1998	Art. 3 Abs. 1, h	aufgehoben	98-12
29.10.1997	01.01.1998	Art. 21	Titel geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 21 Abs. 1	geändert	97-94
06.04.2000	01.04.2000	Art. 1 Abs. 1	geändert	00-73
06.04.2000	01.12.2000	Art. 3 Abs. 1, e	aufgehoben	00-73
06.04.2000	01.12.2000	Art. 3 Abs. 1, f	aufgehoben	00-73
06.04.2000	01.12.2000	Art. 3 Abs. 1, g	aufgehoben	00-73
06.04.2000	01.12.2000	Art. 4 Abs. 4	aufgehoben	00-73
06.04.2000	01.04.2000	Titel 6a	eingefügt	00-73
06.04.2000	01.04.2000	Art. 24a	eingefügt	00-73
06.04.2000	01.04.2000	Art. 28	geändert	00-73
12.12.2004	01.01.2007	Art. 29 Abs. 2	geändert	06-129
28.03.2006	01.01.2010	Art. 34a	aufgehoben	08-134, 09-90
12.06.2006	01.01.2007	Ingress	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Titel 2	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 2 Abs. 1	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Titel 2a	eingefügt	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 3	Titel geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 3 Abs. 1, a	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 3 Abs. 1, c	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 3 Abs. 1, d	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 3 Abs. 1, i	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 4 Abs. 3	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 8 Abs. 1, e	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Titel 3	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 9	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 10	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 11	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 11a	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 12	Titel geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 14	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 14a	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 14b	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 14b	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Titel 4	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 15	geändert	06-131

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
12.06.2006	01.01.2007	Art. 16	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2010	Art. 17	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 18	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 18a	eingefügt	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 26	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 28 Abs. 3	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 28 Abs. 4	eingefügt	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 1, b	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 1, c	eingefügt	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 2	geändert	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 29 Abs. 3	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 30	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 31	aufgehoben	06-131
12.06.2006	01.01.2007	Art. 32	aufgehoben	06-131
11.03.2007	01.01.2008	Art. 14b	Titel geändert	07-91
23.11.2011	01.01.2014	Titel 4a	aufgehoben	12-37
23.11.2011	01.01.2014	Art. 19	aufgehoben	12-37
06.06.2018	01.01.2019	Ingress	geändert	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. 3 Abs. 1, i	geändert	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. 3 Abs. 1, k	eingefügt	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. 8 Abs. 2	eingefügt	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. 11 Abs. 1, c	geändert	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. 11 Abs. 1, d	eingefügt	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Titel T1	eingefügt	18-087
06.06.2018	01.01.2019	Art. T1-1	eingefügt	18-087
13.06.2018	01.01.2019	Art. 24a Abs. 5	geändert	18-089
13.06.2018	01.01.2019	Art. 24a Abs. 5, a	eingefügt	18-089
13.06.2018	01.01.2019	Art. 24a Abs. 5, b	eingefügt	18-089

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	04.11.1992	01.07.1993	Erstfassung	1993 d 56 f 61
Ingress	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Ingress	06.06.2018	01.01.2019	geändert	18-087
Art. 1 Abs. 1	06.04.2000	01.04.2000	geändert	00-73
Titel 2	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 2 Abs. 1	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Titel 2a	12.06.2006	01.01.2007	eingefügt	06-131
Art. 3	12.06.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-131
Art. 3 Abs. 1, a	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 3 Abs. 1, c	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 3 Abs. 1, d	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 3 Abs. 1, e	06.04.2000	01.12.2000	aufgehoben	00-73
Art. 3 Abs. 1, f	06.04.2000	01.12.2000	aufgehoben	00-73
Art. 3 Abs. 1, g	06.04.2000	01.12.2000	aufgehoben	00-73
Art. 3 Abs. 1, h	09.09.1997	01.07.1998	aufgehoben	98-12
Art. 3 Abs. 1, i	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 3 Abs. 1, i	06.06.2018	01.01.2019	geändert	18-087
Art. 3 Abs. 1, k	06.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-087
Art. 4 Abs. 3	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 4 Abs. 4	06.04.2000	01.12.2000	aufgehoben	00-73
Art. 8 Abs. 1, e	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 8 Abs. 2	06.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-087
Titel 3	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 9	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 10	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 11	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 11 Abs. 1, c	06.06.2018	01.01.2019	geändert	18-087
Art. 11 Abs. 1, d	06.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-087
Art. 11a	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 12	12.06.2006	01.01.2007	Titel geändert	06-131
Art. 14	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 14a	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 14b	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 14b	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 14b	11.03.2007	01.01.2008	Titel geändert	07-91
Titel 4	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 15	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 16	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 17	12.06.2006	01.01.2010	geändert	06-131
Art. 18	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 18a	12.06.2006	01.01.2007	eingefügt	06-131
Titel 4a	23.11.2011	01.01.2014	aufgehoben	12-37

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 19	23.11.2011	01.01.2014	aufgehoben	12-37
Art. 20	01.12.1996	01.05.1997	geändert	97-33
Art. 21	29.10.1997	01.01.1998	Titel geändert	97-94
Art. 21 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 22	01.12.1996	01.05.1997	aufgehoben	97-33
Art. 23	01.12.1996	01.05.1997	aufgehoben	97-33
Titel 6a	06.04.2000	01.04.2000	eingefügt	00-73
Art. 24a	06.04.2000	01.04.2000	eingefügt	00-73
Art. 24a Abs. 5	13.06.2018	01.01.2019	geändert	18-089
Art. 24a Abs. 5, a	13.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-089
Art. 24a Abs. 5, b	13.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-089
Art. 26	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 26 Abs. 1	31.03.1993	01.01.1993	geändert	1993 d 263 f 280
Art. 26 Abs. 1	30.06.1993	01.07.1993	geändert	1993 d 472 f 494
Art. 28	06.04.2000	01.04.2000	geändert	00-73
Art. 28 Abs. 3	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 28 Abs. 4	12.06.2006	01.01.2007	eingefügt	06-131
Art. 29 Abs. 1, b	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 29 Abs. 1, c	12.06.2006	01.01.2007	eingefügt	06-131
Art. 29 Abs. 2	12.12.2004	01.01.2007	geändert	06-129
Art. 29 Abs. 2	12.06.2006	01.01.2007	geändert	06-131
Art. 29 Abs. 3	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 30	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 31	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 32	12.06.2006	01.01.2007	aufgehoben	06-131
Art. 34a	28.03.2006	01.01.2010	aufgehoben	08-134, 09-90
Titel T1	06.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-087
Art. T1-1	06.06.2018	01.01.2019	eingefügt	18-087